

	Antrags-Nr.	
	0428-AT/2020	

Antrag

Frau Susanne Köhler
stellv. Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion

Betreff
Antrag der SPD-Stadtratsfraktion - Arbeitsbeginn des Jugendbeirates trotz Beschränkungen durch die Corona-Pandemie

Beratungsfolge	Sitzung	Sitzungstermin	
Ausschuss für Soziales, Bildung und Gesundheitswesen	Ö	18.11.2020	
Jugendhilfeausschuss	Ö	19.11.2020	
Haupt- und Finanzausschuss	Ö	24.11.2020	
Stadtrat der Stadt Eisenach	Ö	01.12.2020	

I. Beschlussvorschlag

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

- 1. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, den Stadtratsbeschluss zur Einsetzung eines Jugendbeirates bis spätestens 31.03.2021 umzusetzen.**
- 2. Sollte aus Gründen der Pandemie-Eindämmung kein Treffen der Mitglieder möglich sein, tagt der Jugendbeirat vorläufig mittels Videokonferenz.**

II. Begründung

Bereits am 10.12.2019 beschloss der Eisenacher Stadtrat die Einsetzung eines Jugendbeirates. Die Mitglieder wurden seitens der Schulen benannt, ebenso haben die Fraktionen mögliche Vertreter/innen gemeldet. In zahlreichen An- und Nachfragen wurde das Thema immer wieder in Erinnerung gerufen, jedoch ist bis heute (Stand 03.11.2020) keine Einberufung erfolgt.

Seitens der Stadtverwaltung sind immer wieder verschiedene Gründe für die Verzögerungen genannt worden. In der städtischen Vorlage 0319-BR/2020 (Information zur Beschlussrealisierung) vom 31.05.2020 werden sowohl die nach Einschätzung der Stadtverwaltung notwendige umfangreiche Vorbereitung als auch die Tatsache, dass die Stadt Eisenach ab 2022 kein eigenes Jugendamt mehr haben wird, als Probleme benannt. Wäre der Einstieg wie geplant im Februar 2020 erfolgt, könnten wir bereits jetzt in der geplanten Evaluationsphase sein und dabei auch die Veränderungen durch die Fusion mit dem Wartburgkreis einbeziehen.

Der Beschluss der SPD-Stadtratsfraktion war bewusst so gestaltet, dass bürokratische Hürden gering gehalten wurden, so dass ein zügiger Einstieg in die Beiratsarbeit möglich sein würde. Dieses Ansinnen fand im Stadtrat und seinen Ausschüssen breite Zustimmung. Jedoch ist auf Seite der Stadtverwaltung seit einem Jahr nicht gehandelt worden. Dass während der pandemiebedingten Schließung öffentlicher Einrichtungen keine weiteren Schritte erfolgen konnten, bewirkte eine unabwendbare Verzögerung des Prozesses. Doch vor März 2020 und seit August 2020 sind wertvolle Wochen verstrichen, in denen der Beirat seine Arbeit hätte aufnehmen können.

In einer Zeit, in der Lebensumstände zunehmend von Verordnungen statt Beschlüssen bestimmt zu sein scheinen, sind eine demokratische Beteiligung von Jugendlichen und ein offenes Ohr für die Anliegen dieser Gruppe wichtiger denn je.

Frau Susanne Köhler
stellv. Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion